

71. Sitzung des Gemeinderates - öffentlich -

Sitzungstag:

Donnerstag, 12.12.2019

Sitzungsort:

Sitzungssaal Rathaus 1. OG

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
Vorsitzender: Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
Niederschriftführer: Schriftführer Felix Kinzinger		
Gremiumsmitglieder: Johann Zehetmair Manfred Axenbeck Josef Ebert Gisela Fischer Sabine Fister Udo Guist Lorenz Ilmberger Albert Kirnberger Franz Klietsch Johannes Mecke Gertrud Mörike Manuel Prieler Marianne Rader Jutta Schödl Gerda Settele Franz Solfrank Simone Spratter Thomas Weingärtner Irmgard Zankl		
	Betina Mäusel Dr. Günther Ernstberger Günter Peischl Andreas Post Philipp Schwarz	

71. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Entschuldigt fehlen heute die Gemeinderatsmitglieder Frau Mäusel, Herr Dr. Ernstberger, Herr Peischl, Herr Post und Herr Schwarz.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratulierte der Vorsitzende den Gemeinderatsmitgliedern Frau Rader und Herrn Ilmberger nachträglich zum Geburtstag.

Der Vorsitzende informiert darüber, dass TOP 7 der heutigen öffentlichen Sitzung gemäß Art. 52 Abs. 2 GO am 12.12.2019 in nichtöffentlicher Sitzung unter TOP 12 behandelt wurde.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

966 20 **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Beschluss: 20:0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 14.11.2019, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

AZ 024
Hauptamt

967 20 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates gefassten Beschlüssen wurde kein Beschluss in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

AZ 024
Hauptamt

71. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2019

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

968 20 **Neubau Sportpark: Vorlage der Entwurfsplanung und Kostenberechnung**

Der Bürgermeister erläutert kurz den aktuellen Sachstand und im Folgenden die bisherigen Beschlüsse.

- In der Gemeinderatssitzung vom 17.05.2018, Nr. 725, erfolgte ein Planungsstopp, es wurde lediglich die Aufstellung der Kostenberechnung weiterverfolgt
- Mit Gemeinderatsbeschluss vom 12.07.2018, Nr.753, wurde der Planungsstopp - nur zur Ausarbeitung von Lösungsvarianten - wieder aufgehoben
- In der Gemeinderatssitzung am 15.10.2018, Nr. 793, fiel die Entscheidung für die Variante 3 und der Planungsstopp wurde vollends aufgehoben
- In der Gemeinderatssitzung am 14.03.2019, Nr. 857, wurde festgelegt, dass die Variante 3 ausgeführt werden soll und als Kostenschätzung das Budget mit Kostenstandindex vom Mai 2018, auf 93,84 Mio. € brutto festgelegt.

Diese 93,84 Mio. € brutto wurden in die Haushaltsplanungen eingestellt.

Der Bürgermeister erklärt, dass laufend regelmäßig intensive Bauherren- und Fachplaner-Jour-Fixe, sowie weitere Termine mit Externen und sonstigen Beteiligten stattfinden.

In der heutigen Sitzung erläutern die beauftragten Architekten und Fachplaner sowie Vertreter des Ingenieurbüros Hitzler Ingenieure, München, dem Gremium den aktuellen Planungsstand einschließlich der Kostenberechnung in Höhe von 93.844.503,00€ brutto, Indexstand Mai 2018, zuzüglich 5,63 % Indexsteigerungen (Stand August 2019) auf 98.386.644,83 € brutto (KG 100 bis 700).

Am 09.12.2019 informierte Herr Zimmermann, Fachberater für Gastronomie, sowie ein Vertreter vom Architekturbüro Kplan, Abensberg, das Gremium über den aktuellen Sachstand und beantwortete die auftretenden Fragen.

In der Kostenberechnung sind keine Risikoreserven und keine Indexprognosen eingepreist.

Den Gemeinderatsmitgliedern wurden entsprechende Unterlagen (Powerpoint-Präsentation, Stand 02.12.2019 und Protokolle Bauherren-Jour fixe 1 - 3, Planungsunterlagen und KOB, Stand 02.12.2019) über das Ratsinformationssystem zugestellt. Diese Unterlagen wurden in Papierform den vier Fraktionsvorsitzenden in deren Fraktionszimmern vorab bereitgestellt.

Bei Zustimmung der vorgelegten Entwurfsplanung und Kostenberechnung durch den Gemeinderat ist als nächster Schritt die Genehmigungsplanung zu erstellen und dem Gremium vorzulegen.

71. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Architekten, Fachplaner und Projektsteuerer, IB Hitzler, gehen von einer Fertigstellung des Sportparks in 2023/2024 aus.

Beschluss: 16 : 4

Der Gemeinderat nimmt die Entwurfsplanung und die Kostenberechnung Stand 02.12.2019 in Höhe von 98.386.644,83 € brutto (Indexstand August 2019) zur Kenntnis und stimmt dieser Entwurfsplanung einschließlich Kostenberechnung in Höhe von 98.386.644,83 € (für die KG 100 – 700) mit folgenden Hinweisen und Anmerkungen zu:

Die Kosten sind in die Haushaltsplanungen entsprechend aufzunehmen und unter den Haushaltsstellen 59060.9490 (Nebenkosten), 59060.9420 (Baukosten) zu verbuchen.

Die Verwaltung wird beauftragt und ermächtigt, alle weiteren Schritte und Maßnahmen (Anpassung der Vertragsgrundlagen etc.) gemäß der heutigen Beschlusslage vorzunehmen.

Auf der Grundlage der heutigen Beschlussvorlage ist die Genehmigungsplanung zu (LPH 4) zu erstellen und dem Gremium vorzulegen.

AZ 621
Bauamt

970 20 **Kindergarten Blumenstraße 17; Umgestaltung der Außenanlagen und Umplanung Küchenbereich und weiteres Vorgehen**

Der Erste Bürgermeister erläutert den Sachverhalt und führt aus, dass im Rahmen der Lebensmittelüberwachung durch das Landratsamt München am 01.02.2019 durch das Landratsamt München erhebliche bauliche Mängel festgestellt wurden. Dabei wurden folgende Mängel festgestellt, die zeitnah umzusetzen sind:

- Doppelwaschbecken in der Küche fehlt
- separater Spülbereich ist nicht vorhanden
- Lagerraum ist mit zusätzlichen Regalböden zu versehen und nicht ausreichend
- Umkleidebereich für Küchenpersonal fehlt
- Umkleidemöglichkeit bzw. -raum für das Küchenteam fehlt
- der Gully im Küchenboden muss für die Reinigung zum Öffnen sein; aktuell verschlossen

71. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Bei der Kücheneinrichtung im Kindergarten Blumenstraße 17 handelt es sich um eine haushaltsübliche Kleinküche und wurde seit Bestehen des Kindergartens an der Blumenstraße 17 im Jahr 1974 nur einmal als solche auch erneuert.

Aufgrund der neuerlichen Anforderungen an den Hygiene- und Arbeitsschutz und im Hinblick auf die kleine ca. 10 m² große Küche, aus der insgesamt bis zu 100 Essen täglich zubereitet werden, ist eine Umgestaltung der Küche in einem größeren Raum sowie die Anforderungen des Landratsamtes München angezeigt.

Die Verwaltung hat deshalb gemeinsam mit dem Betreiber der Einrichtung, der AWO, ein Konzept ausgearbeitet, das den Anforderungen des Landratsamtes München entspricht.

In Abstimmung mit dem Betreiber, der AWO, sowie dem Küchenpersonal und der Einrichtungsleitung wurde am 09.05.2019 die Küchenausstattung ausgewählt und durch das Fachplanungsbüro Zimmermann auf Plausibilität hin überprüft.

Die Kostenschätzung beläuft sich auf ca. 119.000,- € brutto. Die Kostenschätzung beinhaltet den Umbau des bestehenden Gruppenraumes in eine Küche inkl. aller benötigten Geräte. (Kostenaufstellung vom 19.06.2019 durch das Architektenbüro Hall und das Fachplanungsbüro für Gastroküchenbetrieb Herr Zimmermann). Im Zuge der Umplanung sollen auch die Feuchteschäden an der Nordseite des UG's behoben werden.

In die Haushalts- und Finanzplanung 2020 sind hierfür unter anderem 150.000,- € Mio. € unter der Haushaltsstelle 46400.9421 eingestellt. Zusätzlich wurden von der Verwaltung 100.000,- € für die Sanierung des Bodenbelages im UG sowie in zwei Gruppenräumen und ein Fassadenanstrich mit 30.000,- € (Antragsgemäß durch die Einrichtungsleitung) bei der Haushaltsstelle 46400.9421 eingestellt.

Ein weiterer sanierungsbedürftiger Bereich stellt sich im Außenbereich dar. Der Kindergarten an der Blumenstraße ist durch den hohen Baumbestand einer übermäßigen Verschattung ausgesetzt. Die Spielbereiche können nur schwer oder teilweise gar nicht mehr nachgesät werden. Die Verwaltung hat sich hierzu bereits 2018 ein Sanierungsangebot erstellen lassen, das den Bestand erhalten sollte. Das Angebot belief sich auf 100.000,- €. Die Kosten wurden zwar in den Haushalt 2018 eingestellt, jedoch nicht verausgabt.

71. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2019

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Auf Wunsch der Einrichtung sowie des Elternbeirates sollte jedoch der Außenbereich neu überplant werden, dass er zeitgerechter und freundlicher wird. Die Verwaltung hat aufgrund der positiven Erfahrungen mit den Außenanlagen am Sportzentrum das Freianlagenbüro LUSKA gebeten, eine Überplanung vorzunehmen.

In Abstimmung mit dem Betreiber, der AWO, sowie der Einrichtungsleitung und dem Landratsamt München, Frau Seyr wurde der Außenbereich neu überplant.

Mit der Neugestaltung und Sanierung besteht seitens der AWO und der Kindergartenleitung Einverständnis unter Berücksichtigung folgender Punkte:

- Die Gerätehütte soll die maximale, genehmigungsfrei zulässige Größe erhalten. Der Zugang soll von Osten mit einer zweiflügeligen Türe erfolgen. Nordseitig soll die Möglichkeit einer überdachten Sitzfläche (Pergola) geprüft werden.
- Die vorhandene Rutsche soll im Bereich des gekrümmten Rutschenendes eine Verschattung (Schirm) erhalten, da das Metall bei Sonnenschein sehr heiß wird.
- Im Bereich der Spielwiese soll ebenfalls eine Beschattungsmöglichkeit mit einem stationären Sonnenschirm vorgesehen werden. (Die dadurch bedingte Einschränkung der Spielwiese wurde diskutiert.)
- Für den vorhandenen Apfelbaum soll die Verpflanzung an einen geeigneten Standort geprüft werden. Zusätzliche Spalier-Obstbäume sollen im Bereich zwischen den Gebäudestützen der Terrasse im Zusammenhang mit einem Pflanztrog (Höhe ca. 40 cm, Länge ca. 400cm, Breite ca. 60 cm) eingeplant werden.
- Es soll geprüft werden, ob die auf der Terrasse vorhandene, 6-eckige Sitzbank um den Baum erhalten werden kann oder gemäß Neuplanung ersetzt wird.
- Erhalt der vorhandenen Burg: zurzeit gibt es hier mehrere Unfallgefahren, z.B. Bekletterbarkeit mit Absturzmöglichkeit auf vorhandene Kalksteine, zu niedrige Brüstungshöhe, unterschiedliche Stufenmaße ohne Handlauf. Die vorhandene Burg soll erhalten werden und nach Abstimmung mit den KUVB und dem TÜV sollen die Unfallgefahren und Sicherheitsmängel beseitigt werden. Schon beim ersten Termin vor Ort haben die Einrichtungsleitungen, Frau Stibli und Frau Trester, bestätigt, dass Ihnen die Gefahren bekannt sind und dass sie beide dazu auch schon in Abstimmungen mit dem KUVB bzw. der Fachkraft für Arbeitssicherheit sind und für die Benutzung der Burg durch die Kinder besondere Regeln gelten. Luska Freianlagen Planung

71. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2019

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

hat darauf hingewiesen, dass die Burg erst im Zuge der Umsetzung der gesamten Freianlagengestaltung „generalüberholt“ werden kann und dass die KITA Leitung die aktuelle Nutzung dringend mit dem KUVB absprechen sollte und je nach den Verhalten der Kinder man auch in Eigenregie ggf. Provisorien zur Unfallvermeidung oder die gänzliche Sperrung der Burg vornehmen muss.

- Die Gestaltung der Kletterlandschaft soll mit natürlich gewachsenen Robinien-stämmen erfolgen.
- Es ist geplant die Sichtschutzwand auf der Südseite des Grundstücks entsprechend dem Bestand zu erneuern. Alternativ soll die Ausführung nicht mit Holz sondern mit WPC-Material geprüft werden.
- Von Seiten der Kindergartenleitung wird angeregt, den Sichtschutz an der Straßenseite besonders zu gestalten (z. B. „Buntstifte“ wie bei einem anderen Kindergarten)
- Für die schnellere Nutzungsaufnahme nach dem Umbau sollen die Rasenflächen mit Fertigrasen belegt werden.
- Die Vor- und Nachteile von Aufkantungen für Sand- oder Holzhäckselflächen zu Wegeflächen wurden diskutiert. Es sollen keine Aufkantungen realisiert werden. Besonders wegen des erhöhten Unterhaltsaufwands, z. B. zurückkehren von Holzhäckseln oder Sand auf den befestigten Flächen in die jeweiligen Bereiche.
- Um die Freianlagenplanung wie geplant realisieren zu können, muss das bestehende Pflaster und die davor liegende Bordsteinabsenkung versetzt werden.
- Ein Schlauch für den Anschluss der Wasserspiele soll unter der befestigten Fläche vom jetzigen Anschluss der Wasserente zum neu geplanten Wasserspiel gelegt werden.
- Im Zuge der Umplanung Küche ist eine Verlängerung des Eingangsweges in Form eines Podestes angedacht. Die Ausführung soll vor der Umgestaltung des Gartens erfolgen und keine zusätzlichen Maßnahmen in den Außenanlagen zur Folge haben.

Die Baukosten für die Freianlagen (einschließlich Baunebenkosten) belaufen sich in Höhe von brutto 744.098,67 € und sind in 6 Bereiche (einschließlich Bodenentsorgung) unterteilt. Hierzu wurde eine Kostenschätzung des Freianlagenbüros Luska, Stand 02.12.2019, erstellt. Die Planunterlagen und die Kostenschätzung für den Außenbereich und den Küchenbereich wurden dem Gremium zugestellt.

71. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2019

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Der Architekt Herr Luska erläutert die Planungen und beantwortet die Fragen aus dem Gremium.

Bei Zustimmung dieser Planung durch den Gemeinderat, kann die Verwaltung die Maßnahme zeitnah vorbereiten (Ausschreibung etc.) und ab Mai 2020 (in Abstimmung mit der Einrichtung) umsetzen. Für die Umgestaltung des Außenbereichs und des Küchenbereichs sind insgesamt rund 995.000 € brutto (einschl. BauNK) angesetzt. Für die HH-Mittelanmeldungen wurden für 2020 insgesamt 1.015.000 € angemeldet.

In die Haushalts- und Finanzplanung 2020 sind hierfür 510.000 € unter der Haushaltsstelle 46400.9540 (Außenanlagen), unter 46400.9490 (BauNK) 205.000 € und unter der Haushaltsstelle 46400.9421 (Baukosten-Sanierung) 300.000 € eingestellt.

Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis vom Sachverhalt und stimmt einer Umplanung der Küche sowie des Außenbereichs auf der Grundlage der Vorplanung des Freianlagenbüros LUSKA, Dachau, vom 2.12.2019 zu.

Die Verwaltung wird beauftragt, alle erforderlichen Maßnahmen (öffentliche Ausschreibung u.a.) ebenfalls zeitnah in die Wege zu leiten. Die Umsetzung der Maßnahme sowie die weitere Planung sind ab Mai 2020 einzuplanen. Die Baukosten, Kosten der Außenanlagen sowie die Baunebenkosten sind unter der Haushaltsstelle 46400.9421/46400.9540/46400.9490 zu verausgaben.

AZ 4233
Bauamt

971 20

Feststadl Unterföhring; Vorstellung weitere Ausstattung: Küche, Catererbereich, Theken und zusätzliche Elektrotechnik

Der Erste Bürgermeister bringt den Beschluss des Gemeinderates vom 14.11.2019, Nr. 960, in Erinnerung, mit welchem sich das Gremium der Empfehlung des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses vom 05.11.2019, Beschluss Nr. 643, angeschlossen und konkrete Vorgaben für die Möblierung und Innenausstattung beschlossen hat.

Die zusätzlichen Kosten in Höhe von 406.195,69 € brutto wurden genehmigt und sind unter der Haushaltsstelle 33210.9420 (Baukosten Hochbau) und

71. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2019

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

33210.9351 (Zimmerausstattung und Mobiliar) entsprechend in den Haushalt einzustellen. Der aktuelle Auftragsstand beläuft sich auf 3.958.467,12 € brutto.

Aufgrund der speziellen Anforderung sowie der wesentlichen Qualitätsfestlegung für die Catering- und Getränkeküche, einschließlich der Theken in Saal und Stüberl, sind diese in der bisherigen Beauftragung nicht enthalten. Für die Küchenplanung wurde der Fachplaner Wolfgang Reichberger, Untersbergstraße 13, A-5161 Elixhausen, beauftragt.

Durch die Küchenplanung Wolfgang Reichberger wurde zwischenzeitlich eine mögliche Mindest- und Vollaussattung entworfen und mit den entsprechenden Kosten hinterlegt.

Die Planunterlagen sowie Auflistungen mit den zugehörigen Positionen und Kosten der möglichen Küchen-/Caterer- und Thekenausstattung, Stand 27.11.2019 und 04.12.2019, wurden dem Gremium zugestellt.

Die Küchenplanung wurde dem Gremium durch den Fachplaner Wolfgang Reichberger am 09.12.2019 vorgestellt, erläutert und die auftretenden Fragen aus der Mitte des Gremium beantwortet.

Weiter wurde im Rahmen der Werkplanung und Abstimmungen folgende zusätzliche elektrotechnische Ausstattung erforderlich:

1. Zusätzliche Lampen und Bewegungsmelde im Außenbereich
2. Anschlusspunkte auf der Ostseite für Kühl- und WC-Anhänger
3. Verlegung der Unterverteilung Küche
4. Schaltbare Außenlautsprecher im Bereich der überdachten Terrasse
5. Vier Deckenauslässe für dimmbare gestalterische Leuchten (Wagenräder)
6. Zusätzliche Netzwerk- und Stromverkabelung im Bereich des Stüberl für Beameranlage und zusätzliche gestalterische Hängeleuchten (z.B. Laternen)

Die Kosten für vorgenannte Positionen gemäß Angebot des Generalunternehmers Zimmerei Stark GmbH vom 05.07.2019 schließt mit einer Angebotssumme von 21.420,00 € brutto.

Das Angebot der Zimmerei Stark GmbH vom 05.07.2019 wurde dem Gremium zugestellt.

Wie bereits in den Planungsbesprechungen diskutiert, wurde die Installation von Lichttraversen am Tragwerk des Saales untersucht. Mit E-Mail der Firma Zimmerei Stark GmbH, Herr Benjamin Thum, vom 26.11.2019, wurde mitgeteilt, dass eine kurze Überprüfung ergab, dass 50 kg/lfm über 10m am Untergurt befestigt werden könnten ohne weitere Auswirkungen auf die bisherige Bemessungen zu haben. Der Abstand zwischen den Sparren und

71. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Untergurten beträgt 3,75 m, so dass diese Bemessung für jeden Untergurt als solchen gilt. Um durch die Anbringung von Veranstaltungstechnik keinen wesentlichen Eingriff am Sichtdachstuhl zu haben, wird vorgeschlagen, mindestens eine Lichttraverse mit entsprechenden fest vorgerüsteten Befestigungspunkten am Tragwerk vorzuhalten. Die Kosten werden auf insgesamt 3.000,- € brutto geschätzt.

Bisher und weiter noch nicht enthalten ist die Grundausrüstung an Geschirr (Teller, Gläser, Besteck). Hierzu erfolgt eine gesonderte Vorlage im Gremium Anfang kommenden Jahres.

Beschluss: 12 : 8

Das Gremium nimmt die Vorstellung durch die Fachplanung Wolfgang Reichberger vom 09.12.2019 zur Kenntnis und legt für die Küchen-/Caterer und Thekenausstattung die Variante D vom 10.12.2019 aber ohne Faßkühlung aber mit zusätzlicher Lüftung fest:

Die Gesamtkosten Küchen-/ Caterer- und Thekenausstattung in Höhe von 100.540 € brutto werden genehmigt.

Weiter werden die zusätzlichen Kosten für die Lichttraversen (ohne Scheinwerfer) und elektrotechnische Zusatzausrüstung in Höhe von insgesamt 24.420,- € brutto genehmigt.

Die Ausgaben sind unter den jeweiligen Haushaltsstellen 33210.9420 und 33210.9351 zu verbuchen.

AZ 621
Bauamt

20 **Neubau Volkshochschule mit Musikschule und Tiefgarage;**

Bauamt

972 20 **Neubau Volkshochschule mit Musikschule und Tiefgarage; Sachstand und Kostenbericht mit Projektänderungsanträgen**

Der Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 14.03.2019, Nr. 861, in Erinnerung, mit welchem das Gremium die fortgeschriebenen Gesamtprojektkosten in Höhe von 31.402.270,31 Euro genehmigt hat.

71. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2019

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Der Neubau der Volkshochschule mit Musikschule und Tiefgarage wurde mit 24.06.2019 in Betrieb genommen. Am 05.08.2019 erlitten die Häuser 3 und 4 einen Wasserschaden durch ein defektes Bauteil. Auf die entsprechenden Bekanntgaben im Gremium wird in diesem Zusammenhang hingewiesen. Die ausführenden Firmen wurden weiterhin angehalten, Ihre bisher beauftragten Leistungen zu vervollständigen und bis 31.12.2019 abschließend und mangelfrei fertigzustellen.

Im Rahmen der Fertigstellung der Anlagen haben sich zusätzliche unvermeidbare Änderungen ergeben, welche in Form von Projektänderungsanträgen der Genehmigung durch das Gremium bedürfen.

Durch die Projektsteuerung Hitzler Ingenieure werden folgende Projektänderungsanträge, welche dem Gremium zugestellt wurden, zur Genehmigung vorgelegt:

Projektänderungsantrag 32 – Einhausung Stellplatz Tiefgarage neben Raum D5.20

Für die Kehrmaschine des Hausmeisters wird eine Einhausung benötigt. Diese soll in der Tiefgarage 2 neben dem Raum D5.20 Lüftung/Entrauchung Tiefgarage angeordnet werden, da in diesem Bereich Leitungen vorhanden sind, mit einer Durchfahrtshöhe von weniger als 2,15 m. Der PÄA32 ist eine zusätzlich erforderliche Leistung und war kein Bestandteil der freigegebenen Kostenberechnung.

Gewerk	Bauteil	Kosten- gruppe	Brutto Mehrkosten
Einhausung TG	Boxendrehtor 2-fgl., Aluminiumleichtbauweise, mit Stabgitterfüllung, Schloss mit Profilzylinder, Trennwandsystem Höhe 1,90 m		3.375,00 €
Gesamtkosten brutto			3.375,00 €

Projektänderungsantrag 33 – Anprallschutz Tiefgarage

Zum Schutz der Ladestationen für Elektroautos sollen Anprallbügel montiert werden. Zur Abgrenzung der Fußgängerbereiche von den Fahrgassen sollen überfahrbare Poller zum Einsatz kommen. Der PÄA33 ist eine zusätzlich erforderliche Leistung und war kein Bestandteil der freigegebenen Kostenberechnung. Die Kosten berechnen sich wie folgt:

Gewerk	Bauteil	Kosten- gruppe	Brutto Mehrkosten
133 Beschilderung	Schutzbügel für Elektroladestationen	349	1.920,00 €
133 Beschilderung	Überfahrbare Poller	349	5.720,00 €
120 Pflasterarbeiten	Pflasterstein aufnehmen und wieder in Mörtelbett verlegen	325	3.120,00 €
	Planungskosten ARGE	700	1.080,00 €
Gesamtkosten brutto			11.840,00 €

71. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2019

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Projektänderungsantrag 34 – Getränke- und Snackautomat

Es wird ein Getränke- und Snackautomat inkl. Münzwechsler und Hi-Reader für bargeldloses Bezahlen benötigt. Der Automat soll an der Klinkervorsatzschale (Nische) neben der Küche B20 aufgestellt werden. In der freigegebenen Kostenberechnung wurde kein Budget für die Anschaffung eines Getränke- und Snackautomaten berücksichtigt.

Gewerk	Bauteil	Kosten- gruppe	Brutto Mehrkosten
	N&W Kaffeeautomat Opera ES Touch N&W Snackautomat Jazz 6-40R, Münz- wechsler NRI Currenza c2 MDB/EXE, inkl. Transport – Installation – Inbetrieb- nahme	610	16.612,40 €
Gesamtkosten brutto			16.612,40 €

Projektänderungsantrag 35 – Plankostenfortschreibung

Die Plankostenfortschreibung umfasst die KG713, 731, 732, 736.1 sowie 736.2 welche sich aus der Erweiterung des Projektumfangs sowie Erweiterungen und Änderungen durch den Auftraggeber ergeben haben. Die jeweiligen Nachträge wurden durch die Projektsteuerung Hitzler Ingenieure geprüft und mit den Beteiligten nachverhandelt (Grundlage: Teilleistungstabellen Simmendinger). Der PÄA35 enthält unter anderem Leistungen, die infolge der Kündigung des Gewerks Lüftung entstanden sind. Diese Leistungen werden der Firma Schinabeck als Gegenforderung angemeldet.

Gewerk	Bauteil	Kosten- gruppe	Brutto Mehrkosten
713 Projektsteuerung	NA01 – Durchführung erforderlicher VOF-Verfahren für Fachplanungsleistungen	713	18.207,00 €
713 Projektsteuerung	NA02 – Vergabeverfahren Kunst am Bau	713	15.202,85 €
713 Projektsteuerung	NA03 – Vergrößerung Projektumfang	713	86.476,04 €
731 Gebäudeplanung	Besondere Leistungen Raumbuch	731	14.280,00 €
731 Gebäudeplanung	NA01 – Brunnenbauwerk	731	4.103,71 €
731 Gebäudeplanung	NA02 – Wegeleitsystem	731	5.981,48 €
731 Gebäudeplanung	NA04 – Zusätzliche Mehraufwendungen	731	16.476,67 €
731 Gebäudeplanung	NA05 – Feinterminplanung	731	8.020,90 €
732 Freianlagen	Nachtrag besondere Leistungen	732	2.520,05 €
736.1 ELT	NA01 – Inhouse Versorgung	736	17.159,80 €
736.2 HLS	NA06 – Erweiterung Kunst am Bau	736	7.633,98 €
736.2 HLS	NA07 – Wiederholungsleistungen Kündigung Fa. Schinabeck	736	32.644,27 €
Gesamtkosten brutto			228.706,75 €

71. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2019

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Projektänderungsantrag 36 – Öffentlicher Bereich Ost- und Westseite VHS

Zur Verbesserung der Benutzbarkeit der Straße auf der Westseite wird die gesamte Fahrbahn asphaltiert. Auf der Ostseite wird der Umgriff der Asphaltierung geändert. Die neuen SSK (Westseite) werden an die neu erstellten Sickerschächte angeschlossen. Die Schächte werden auf Höhe gesetzt. Die Pflasterarbeiten auf der Ostseite werden geändert. Die Kleinsteinpflasterflächen werden komplett mit neuem Granitmaterial ausgeführt, der Umgriff Richtung Norden um ca. 130 m² erweitert und neu gepflastert. Auf der Südseite erfolgen Änderungen und Umgriffserweiterungen im Anschluss an die bestehenden Fuß- und Radwege. Die Rampe des Vorplatzes (Ostseite) wird verändert. Die Zufahrt der Feuerwehr wird auch ein barrierefreier Zugang. Der PÄA36 ist eine zusätzlich erforderliche Leistung und war kein Bestandteil der freigegebenen Kostenberechnung.

Gewerk	Bauteil	Kosten- gruppe	Brutto Mehrkosten
	Landschaftsbau und Pflasterarbeiten	500	31.006,38 €
	Honorar lab, LPH 6-8, Erhöhung der anrechenbaren Kosten	700	1.650,00 €
Gesamtkosten brutto			32.656,38 €

Projektänderungsantrag 37 – Zusätzliche Ausstattung Beschallungsanlage und Beleuchtungstechnik

Für die Ausstattung in der Beschallungsanlage sowie der Beleuchtungstechnik ist eine zusätzliche Ausstattung notwendig. Der PÄA37 ist eine zusätzlich erforderliche Leistung und war kein Bestandteil der freigegebenen Kostenberechnung.

Gewerk	Bauteil	Kosten- gruppe	Brutto Mehrkosten
	Zusatzempfänger großer Saal		590,00 €
	Antennensplitter mit Richtantennen		885,00 €
	2 Antennenverstärker		440,00 €
	2 Richtantennen mit Halter		755,00 €
	2 Anschlußleistungen		170,00 €
	Bügelmikrofon für Taschensender		780,00 €
	Ladestation für Mikrofone		440,00 €
	Einspeisefeld Dante für Regieraum		1.820,00 €
	Mikrofonstativ		185,00 €
	Lieferung, Montage und Anpassung der Programmierung		2.000,00 €
	Koordination IB Wieder		2.000,00 €
Gesamtkosten brutto			10.065,00 €

Beschluss: 20 : 0

Das Gremium stimmt den folgenden durch die Projektsteuerung Hitzler Ingenieure geprüften und vorgelegten Projektänderungsanträgen zu.

71. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2019

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

PAA Nr.	Beschreibung	Brutto Mehrkosten
32	Einhausung Stellplatz Tiefgarage	3.375,00 €
33	Anprallschutz TG	11.840,00 €
34	Getränke- und Snackautomat	16.612,40 €
35	Plankostenfortschreibung KG700	228.706,75 €
36	Öffentlicher Bereich Ost- und Westseite VHS	32.656,38 €
37	Zusätzliche Ausstattung Beschallungsanlage und Beleuchtungstechnik	10.065,00 €
Gesamtkosten brutto		303.255,53 €

Die zusätzlichen Kosten in Höhe von 303.255,53 € brutto werden genehmigt.
Die Gesamtprojektkosten belaufen sich somit auf 31.705.525,84 € brutto.

Die Kosten sind zu 1/3 auf der Haushaltsstelle 33301.9490 und zu 2/3 unter der Haushaltsstelle 35010.9490 zu verbuchen.

AZ 621
Bauamt

973 20

Neubau Volkshochschule mit Musikschule und Tiefgarage; Weiteres Vorgehen zur Abwicklung des Wasserschadens

Der Bürgermeister bringt die Bekanntmachungen im Gemeinderat vom 12.9.2019 und 14.11.2019 in Erinnerung.

Trotz technischer Trocknung seit 16.8.2019, konnte der Bodenaufbau der betroffenen Bereiche im Haus 3 und 4 nicht abschließend getrocknet werden. Die zusätzliche Neutronenmessung hat ergeben, dass weiterhin eine Restfeuchte in allen betroffenen Bereichen zwischen gering bis kritisch besteht. Die Restfeuchte wurde durch zusätzliche Bauteilöffnungen bestätigt. Maßgeblich hierbei ist, dass sich diese noch vorhandene Restfeuchte nicht auf dem Rohboden sondern in der innerhalb des Bodenaufbaus liegenden Dämmung befindet.

Gemäß der Stellungnahme vom 08.11.2019 des Sachverständigen ISSTAS + THESS Ingenieurgesellschaft, 54290 Trier, ist eine Trocknung aus mikrobiologischer Sicht nur zu empfehlen, wenn diese zielführend ist. Stehendes Wasser oder Restfeuchte in diesen Schichten führt zu einem mikrobiologischem Befall. Die Stellungnahme wurde dem Gremium zugestellt. Aus Sicht des Sachverständigen ist zum jetzigen Zeitpunkt eine technische Trocknung ohne mikrobiologische Folgebelastrungen nicht mehr zu gewährleisten.

Aus versicherungstechnischer Sicht wird der Rückbau des Bodenaufbaus auf Grundlage der gutachterlichen Feststellungen empfohlen.

Mit den Vertretern der VHS sowie der Musikschule wurde am 14.11.2019 das weitere Vorgehen besprochen. Im Hinblick auf die Sanierung muss der

71. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Bereich Haus 3 und 4 (Musikschule) freigeräumt werden. Damit der Betrieb der Musikschule aufrechterhalten werden kann, wurde durch die Verwaltung ein Container angemietet, der im Hof 1 zwischen Haus 1 und 2 aufgestellt wird. Weiter werden im ehemaligen Hort an der Schulstraße Unterrichtsräume für die Musikschule reaktiviert. Der Umzug erfolgt in enger Abstimmung mit den Vertretern der Musikschule und der VHS.

Im anschließenden Gespräch mit dem Großschadensregulierer, der Allianz am 15.11.2019 wurde festgestellt, dass die Leistung – Schadensregulierung – ausgeschrieben werden muss. Die Verwaltung hat nun die gesamte Schadensregulierung national ausgeschrieben.

Aufgrund der sitzungsfreien Zeit schlägt die Verwaltung vor, nach Abschluss des Vergabeverfahrens und der Wertung, zur Auftragsvergabe an den wirtschaftlichsten Bieter zu ermächtigen. Seitens des Großschadensregulierers, der Allianz, liegt der Verwaltung eine 100 % Kostenübernahme vor (nicht enthalten sind z.B. Sonn- und Feiertagszuschläge oder Beschleunigungskosten).

Die Ausgaben sowie Einnahmen, die im Zusammenhang mit der Schadensregulierung entstehen, werden unter der Haushaltsstelle 33301.9490 verbucht.

Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis vom Sachverhalt und ermächtigt die Verwaltung nach Wertung der eingegangenen Angebote, die entsprechenden Beauftragungen vorzunehmen. Die Auftragsvergaben sind den Gremien bekanntzugeben.

Die Ausgaben sowie Einnahmen, die im Zusammenhang mit der Schadensregulierung entstehen, sind vorerst unter der Haushaltsstelle 33301.9490 zu verbuchen.

AZ 611
Bauamt

974 20

Antrag der CSU Fraktion auf Prüfung der Errichtung eines Frauenhauses für schutzbedürftige Frauen mit einer Aufnahmekapazität von fünf Frauen und mindestens einer gleichen Anzahl von Kindern

Der oben genannte Tagesordnungspunkt wurde auf Antrag des Gremiums (gemäß Art. 52 Abs. 2 GO) in nichtöffentlicher Sitzung des Gemeinderats am 12.12.2019 behandelt.

Hauptamt

71. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

975 20 **Antrag des Seniorenbeirates der Gemeinde Unterföhring auf
kostenfreie/unentgeltliche Nutzung des Ortsbusses 232, Sachstand und
weiteres Vorgehen**

Der Vorsitzende erinnert an den Beschluss des Gemeinderates vom 12.09.2019, Nr. 932. Die Verwaltung wurde beauftragt mit dem Landratsamt München und dem MVV die Voraussetzungen einer kostenfreien/unentgeltlichen Nutzung des Ortsbusses 232 zu prüfen und das Ergebnis dem Gemeinderat vorzulegen.

Die Verwaltung hat sich diesbezüglich mit dem Landratsamt München in Verbindung gesetzt. Das Landratsamt hat die Anfrage der Gemeinde Unterföhring an die Verbundgesellschaft (MVV), Bereich Marketing/Tarif, weitergeleitet, da die Verbundgesellschaft das tarifliche Thema betreut.

Mit Schreiben des MVV vom 16.10.2019 wird mitgeteilt, da es sich bei der Einführung eines Nulltarifs um eine Tarifänderung handelt, müsste die Angelegenheit in den Verbundgremien der MVV GmbH beraten und entschieden werden. Eine Konsensfindung wird als unwahrscheinlich erachtet. Ein gleichlautender Antrag einer anderen Gemeinde aus dem Verbundgebiet auf freie Fahrt im Ortsbus wurde in der 156. Gesellschafterversammlung am 05.07.2019 aus grundsätzlichen Erwägungen von den Gesellschaftern abgelehnt. Vor dem genannten Hintergrund rät die MVV GmbH davon ab, die Idee weiter zu verfolgen.

Als Lösungsvorschlag bietet sie an, dass die Freifahrt für die Bürger ohne juristische Bedenken und organisatorischen Mehraufwand für Dritte auf eigene Rechnung der Gemeinde Unterföhring jederzeit durchgeführt werden könne. Die Gemeinde Unterföhring müsste dazu den betreffenden Bürgern gegen Vorlage (Aushändigung) der entsprechenden MVV-Fahrkarten die Kosten erstatten. Dies kann in eigener Regie, ohne Einbeziehung des MVV erfolgen. Dabei kann die Gemeinde Umfang und Zeitraum der Freifahrt selbst frei definieren (z.B. im Rahmen eines Probezeitraumes, dessen Länge die Gemeinde selbst festlegen kann; Erstattung nur von Zeitfahrkarten, nur von Einzelfahrscheinen, aller Tickets, anteilig oder ganz).

Das Schreiben des MVV vom 16.10.2019 wird dem Gremium zugestellt.

Die Verwaltung hat auf das Schreiben des MVV vom 16.10.2019 beim Landratsamt München angefragt, wenn die Gemeinde Unterföhring die Kosten der Linie 232 komplett übernehmen würde, ob dann eine kostenfreie Nutzung

71. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2019

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

für alle Fahrgäste möglich wäre. Mit gleichem Schreiben wurden die Kosten der Ortsbuslinie 232 im Jahresdurchschnitt angefragt. Mit E-Mail vom 28.11.2019 teilt das Landratsamt München mit, dass sich das Landratsamt den umfassenden Ausführungen der MVV GmbH voll inhaltlich anschließt. Diese E-Mail wurde dem Gremium zugestellt. Die kostenlose Nutzung der MVV-Regionalbuslinie 232 durch alle Fahrgäste stellt eine Tarifänderung dar, die in den Verbundgremien beraten und entschieden werden muss. Gleichlautende Anträge von Kommunen auf ein kostenloses Regionalbusangebot gab es in der Vergangenheit immer wieder. Diese Anträge wurden aus grundsätzlichen Erwägungen, unabhängig von einer evtl. Bereitschaft einer Kommune, die zu erwartenden Mindereinnahmen zu übernehmen, ausnahmslos von der MVV-Gesellschafterversammlung abgelehnt. In der MVV-Gesellschafterversammlung sind die Landeshauptstadt München, der Freistaat Bayern sowie die Verbundlandkreise München, Starnberg, Fürstenfeldbruck, Dachau, Freising, Erding, Ebersberg und Bad Tölz-Wolfratshausen als Gesellschafter vertreten. Beispielhaft wurde seitens des Landratsamtes auf den Antrag der Gemeinde Planegg vom Vorjahr verwiesen, der auf eine kostenlose Regionalbusnutzung innerhalb der Gemeinde gerichtet war.

Der Vorsitzende bringt die kommunalrechtliche Stellungnahme des Landratsamtes München vom 4.12.2019 zur Kenntnis. Diese Stellungnahme wurde dem Gremium zugestellt.

Die Gemeinden Kirchheim und Feldkirchen bieten ihren Bürgern bereits Fahrkarten in Form eines „1 € Ticket“ an. Für eine Gebühr von 1 € und Hinterlegung einer Kautions können die Bürger die Isar-Card des MVV bei den Gemeinden ausleihen. Die Einnahmen aus der Gebühr kommen z.B. der Bürgerstiftung Feldkirchen zugute.

Beschluss: 18 : 2

Der Gemeinderat nimmt die Empfehlung des MVV und Landratsamtes München zur Kenntnis und legt fest, dass die MVV-Fahrkarten für die Ortsbuslinie 232 innerhalb der Gemeindegrenzen für alle Bürger*innen wie folgt erstattet werden:

Gegen Vorlage der MVV Streifen- oder Kurzstreckenfahrkarte werden die entstandenen Kosten zurückerstattet. Die Verwaltung wird ein entsprechendes Abrechnungsverfahren sowie die dazugehörigen Formblätter entwerfen und umsetzen.

71. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Für die kostenfreie/unentgeltliche Nutzung des Ortsbusses wird ein Probezeitraum von einem Jahr festgelegt. Dem Gemeinderat ist ein entsprechender Erfahrungsbericht vorzulegen.

Im Haushalt 2020 sind entsprechende Haushaltsmittel zu veranschlagen.

AZ 851
Bauamt

976 20

Antrag der EVANG.-LUTH. Kirchengemeinde Ismaning-Unterföhring auf Zuschuss für bauliche Maßnahmen an der Rafaelkirche Unterföhring

Der Bürgermeister bringt den Antrag der Evang.-Luth. Kirchengemeinde Ismaning-Unterföhring, vertreten durch Herrn Pfarrer Carsten Klingenberg und Herrn Diakon Robert Stolz, vom 02.12.2019 (bei der Gemeinde Unterföhring eben dann eingegangen), in dem auf die nötigen Brandschutzmaßnahmen (zweiter Fluchtweg) bei der Rafaelkirche Unterföhring zur Kenntnis. Weiter wurde im Antrag auf die Kosten der Maßnahme in Höhe von 125.000 € hingewiesen. Diese Kosten werden durch eine Zuweisung der Evang.-Luth. Landeskirche und des Dekanatsbezirks von jeweils 30.000 € (insgesamt 60.000 €) finanziert. Die Restkosten in Höhe von 65.000 € sind durch die Kirchengemeinde Ismaning/Unterföhring zu erbringen. Laut Antragsteller der Evang.-Luth. Kirchengemeinde Ismaning-Unterföhring, kann dieser Betrag zur Deckung der restlichen Baukosten nicht geleistet werden. Aus diesem Grund wurde der o.g. Antrag auf einen Zuschuss in Höhe von 65.000 € an die Gemeinde Unterföhring gestellt. Das Antragsschreiben wurde dem Gremium zugestellt.

Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat nimmt den Antrag der Evang.-Luth. Kirchengemeinde Ismaning-Unterföhring, auf einen Zuschuss für bauliche Maßnahmen an der Rafaelkirche Unterföhring vom 25.10.2019 zur Kenntnis und stimmt einer Übernahme der Kosten in Höhe von bis zu 65.000 € brutto auf entsprechenden Nachweis zu.

Die entstehenden Kosten sind unter der HHSt. 37000.9870 für den Haushalt 2020 einzuplanen.

AZ 611
Bauamt

71. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

977 20 **Bericht zur Bürgerversammlung 2019**

Am Donnerstag, 24. Oktober 2019, fand im Großen Saal des Bürgerhauses Unterföhring die jährliche Bürgerversammlung statt (Art. 18 Abs. 1 Bayerische Gemeindeordnung - GO -).

Herr Bgm. Kemmelmeyer eröffnete um 19:30 Uhr die Versammlung und begrüßte die Bürgerinnen und Bürger sowie die Gäste.

Neben den jeweiligen Berichten und Grußworten konnten die Bürgerinnen und Bürger Anträge, Wünsche und Anregungen äußern.

Es lagen zwei schriftliche Anträge (E-Mail vom 23.10.2019), beide von Herrn Stefan Stöberlein, vor. Herr Stöberlein war selbst nicht persönlich anwesend.

Der erste Antrag lautete wie folgt:

Die Gemeinde möge beschließen, sämtliche Einbahnstraßen im Gemeindegebiet entgegen der Fahrtrichtung für Radfahrer zu öffnen und dementsprechend mit Zusatzschildern 1022-10 (Fahrräder frei) auszustatten. Der Leiter der PI 26, Herr Bauer, nahm dazu Stellung; Der Antrag ist aus verkehrs-technischen Gründen nicht umsetzbar. Die Bahnhofstraße ist von der Breite her zu schmal und es gibt keinen Schutzstreifen. Ähnlich verhält es sich in der Schulstraße die auch wegen der vielen Schüler gleichwohl ungeeignet ist.

Nach kurzer Aussprache wurde über den Antrag abgestimmt.
Der Antrag wurde ohne Gegenstimme abgelehnt.

Der zweite Antrag lautete wie folgt:

Die Gemeinde Unterföhring möge als Mitgesellschafter der Baugesellschaft München-Land darauf hinwirken, dass diese alle ihre Gebäude bzw. Dächer mit Photovoltaikanlagen ausstattet.

Sollte sie dazu nachweislich finanziell nicht in der Lage sein, so gewährt die Gemeinde Unterföhring der Baugesellschaft hierfür einen Zuschuss (natürlich nur für die Gebäude in Unterföhring).

In der Aussprache kam insbesondere zum Ausdruck, dass bei einer solchen Maßnahme die Gefahr einer Preissteigerung an die Mieter bestünde.
In der anschließenden Abstimmung wurde der Antrag mehrheitlich abgelehnt (bei 4 Ja-Stimmen für den Antrag).

Da die beiden in der Bürgerversammlung gestellten und behandelten Anträge einstimmig bzw. mehrheitlich abgelehnt wurden, ist eine weitere Behandlung

71. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

im Gemeinderat nicht erforderlich.

Weitere Anträge wurden keine gestellt.

Darüber hinaus wurden von 6 Bürgerinnen und Bürgern insgesamt 8 Anregungen und Wünsche vorgetragen, die von der Verwaltung zur weiteren Bearbeitung aufgenommen wurden.

1. Anfrage von Frau Dagmar Hoffmann

Frau Hoffmann schildert das bekannte, allmorgendliche, verkehrstechnische Problem und Chaos, beim Bringen der Kinder durch die Eltern mit Pkw, im Bereich der Bahnhof- und Schulstraße.

Verkehrstechnische Maßnahmen greifen nur bedingt. Das Unrechtsbewusstsein ist wohl bekannt; daher sollte ein (erneuter) Appell an die Elternschaft gerichtet werden.

2. Wunsch und Anregung von Frau Tanja Gernet (FamilienHaus Ufg.)

Frau Gernet stellt kurz das FamilienHaus und dessen Ziele vor. Sie dankt der Gemeinde für die Unterstützung mit Räumlichkeiten. Es besteht aber weiterer Bedarf, insbesondere für Räumlichkeiten, die auch am Wochenende genutzt werden können. Auch eine Bitte um finanzielle Unterstützung (10.000 €) wird vorgebracht.

Herr Bgm. Kemmelmeier dankt Frau Gernet ausdrücklich für das große Engagement. Zugleich bittet er Frau Gernet aber, trotz aller Begeisterung um etwas mehr Geduld. Hinsichtlich der Räumlichkeiten, Feringahaus, St.-Valentinshof, wird geprüft in wie weit eine Nutzung am Wochenende machbar ist. Eine finanzielle Unterstützung (Teilbetrag aus 10.000 €) wird in Aussicht gestellt. In diesem Zusammenhang verweist der anwesende stellv. Landrat Herr Weidenbusch auf die Familienzentren (LKr.) und Fördermöglichkeiten, die über das Landratsamt beantragt werden könnten.

3. Anfrage Frau Gaby Lederer

Frau Lederer bemängelt eine schlechte Erreichbarkeit der neuen VHS; so ist der Zugang des Gebäudes von der Föhringer Allee her, auf 50 m unbeleuchtet. Weiter spricht sie das Erfordernis einer Absenkung für Radfahrer und Rollstuhlfahrer an. Hier sichert der Bürgermeister eine Prüfung seitens der Verwaltung zu.

71. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

4. Anfrage des Herrn Josef Trundt (HKW Nord)

Herr Trundt spricht die Problematik und Widersprüchlichkeiten zum Thema HKW Nord an. Er beleuchtet das, von der LHSt München (SWM) beauftragte TÜV Gutachten, das den Weiterbetrieb des HKW untermauert und nach dem die Grenzwerte wohl in Ordnung sind. Er empfiehlt der Gemeinde (ebenfalls) einen Fachanwalt einzuschalten.

Herr Bürgermeister Kemmelmeyer verweist auf schon früher geführte Gespräche – zudem gibt er bekannt, dass die Verwaltung bereits mit einem Fachanwalt diesbezüglich Kontakt aufgenommen hat.

5. Anfrage von Herrn Josef Trundt („Gockl“, Metzgerei)

Herr Trundt befürwortet eine „Interimslösung“. Die derzeitige Metzgerei sollte (langfristig) erhalten werden; das möchten nach seinen Worten auch die Bürger so. Das geplante künftige Konzept sieht er sehr kritisch.

Herr Bgm. Kemmelmeyer verweist auf die, mit der Metzgerei (Herrn Schäfert) geführten Gespräche.

Wie früher soll künftig wieder eine Gastwirtschaft (Brauerei) mit Metzgerei entstehen. Herr Schäfert kann sich in diesem Zusammenhang natürlich auch bewerben.

6. Anfrage von Herrn Josef Trundt (M 3, Südring)

Herr Trundt spricht das Verkehrsproblem auf und um die M 3 an. Er führt aus, dass ein möglicher 4-spuriger Ausbau der Kreisstraße M 3 in weiter Ferne liegt und das Verkehrsaufkommen weiter steigen wird. Landrat Göbel hatte einen solchen Ausbau 2018 abgelehnt. Der anwesende stellv. Landrat Herr Weidenbusch erklärt, dass es nicht Aufgabe einer Kreisstraße sein kann, ein kommunales Gewerbegebiet zu erschließen. Das Thema wird kontrovers diskutiert. Herr Trundt möchte in der Sache ein Schreiben an Landrat Göbel richten.

7. Wunsch von Herrn Martin Fürst

Herr Fürst bemängelt den seiner Ansicht nach zu früh endenden Lärmschutzwall zur Autobahn in Richtung Ismaning hin.

Der Bürgermeister erläutert, dass vor der Errichtung der Lärmschutzwände weitere 5 Schallschutzvarianten seitens der Gemeinde (Gemeinderat) erarbeitet wurden. Ergebnis: Auch bei einer längeren Wand (von jetzt 300 m) war der Schallpegel der gleiche.

71. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

8. Anregung des Herrn Franz Haas

Herr Haas regte an, dass gemeindliche Grünflächen wie z. B. in der Isarau am Schlittenberg im Zuge des Lärm- und Umweltschutzes nicht öfters als notwendig gemäht werden sollen. Herr Bürgermeister Kemmelmeyer nimmt die Anregung zur Kenntnis und wird in Zusammenarbeit mit der Verwaltung prüfen ob und wie gewisse Flächen nur noch 2x jährlich gemäht werden können.

Die Verwaltung wird - ggf. gemeinsam mit dem Landratsamt sowie der PI 26 - die noch offenen/nicht beantworteten Punkte prüfen und - sofern möglich - aufgreifen und umsetzen bzw. die hierfür erforderlichen Schritte einleiten.

Der Gemeinderat nimmt den Bericht zur Bürgerversammlung zur Kenntnis

Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

AZ 0263
Hauptamt

978 20 **Bebauungsplan Nr. 90/19 zur Errichtung eines neuen Bauhofes an der Birkenhofstraße; Aufstellungsbeschluss**

Der Vorsitzende erinnert an den Beschluss des Gemeinderates vom 16.04.2015, Nr. 192, mit welchem das Gremium dem Antrag der PWU-Fraktion vom 02.04.2015 zur Realisierung des neuen Bauhofes auf Teilflächen der Flurnummern 881 und 877/2 an der Birkenhofstraße zustimmte. Dem Gremium wurden ein Lageplan Stand Mai 2019 sowie ein Luftbild des künftigen Bauhofes zugestellt.

Nach Rücksprache mit dem Landratsamt München wird dieser Bereich als Fläche im Außenbereich beurteilt. Auch wenn der Flächennutzungsplan hier eine Gemeinbedarfsfläche (Wertstoffhof und Feuerwehrrübungsplatz) darstellt, bedarf es für ein solches Vorhaben einer Bauleitplanung.

Die Verwaltung schlägt nach eingehender Recherche und Markterkundung vor, den Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München, München, mit dem Bauleitverfahren zu beauftragen.

71. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Beschluss: 20 : 0

Zur Errichtung eines neuen Bauhofes an der Birkenhofstraße ist für die Fl.Nrn. 881 TF und 877/2 TF ein Bebauungsplanverfahren gemäß § 2 BauGB i. V. m. § 30 BauGB einzuleiten und durchzuführen. Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung Nr. 90/19, zur Errichtung eines neuen Bauhofes an der Birkenhofstraße.

Der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München, München, ist entsprechend zu beauftragen und der Entwurf des Bebauungsplanes dem Gremium zur Billigung vorzulegen.

Die entstehenden Kosten für das Bauleitplanverfahren sind unter der HHSt.61000.6552 zu verausgaben.

AZ 6100
Bauamt

979 20

Gemeindeeigenes Objekt an der Dieselstraße 3; Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben

Der Erste Bürgermeister verweist auf den Aktenvermerk der Verwaltung vom 26.11.2019 bezüglich der überplanmäßigen Ausgaben bei der Haushaltsstelle 88410.9421. Der Aktenvermerk vom 26.11.2019 wurde dem Gremium zugestellt.

Nach Abschluss aller erforderlichen Maßnahmen belaufen sich die Gesamtkosten im Haushaltsjahr 2019 demnach auf insgesamt 613.897,89 € brutto. Der Haushaltsansatz wurde dabei, unter Berücksichtigung aller noch offenen Schlussrechnungen, um insgesamt 463.897,89 € brutto überschritten.

Beschluss: 20 : 0

Das Gremium nimmt Kenntnis vom Sachverhalt und genehmigt gemäß Geschäftsordnung für den Gemeinderat von 2014-2020 die überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 463.897,89 € bei der Haushaltsstelle 88410.9421.

AZ 611
Bauamt

980 20

Bekanntgaben / Anfragen

AZ 024
Hauptamt

71. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

980

20

Bekanntgaben / Anfragen

BEK 12/2019 Anträge Bündnis 90/Die Grünen; Antrag Einführung Online-Bürgerbeteiligungsplattform Consul und Antrag Urban Gardening

Der Vorsitzende informiert darüber, dass die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN mit Schreiben vom 13.11.2019 und 30.11.2019 folgende Anträge eingereicht hat:

Bündnis 90/Die Grünen stellen mit Schreiben vom 13.11.2019 folgenden Antrag:

Die Gemeinde Unterföhring möge für Bürger ohne Garten und Möglichkeit Gemüse anzubauen, Parzellen und Hochbeete zur Verfügung stellen für den urbanen Gartenbau, auch genannt „Urban Gardening“.
Zum einen soll als 1. Erprobungsphase ein geeignetes Grundstück im Außen- oder auch Innenbereich der Gemeinde gesucht werden für die Schaffung von Parzellen, die man als Unterföhringer gegen einen niedrigen Zins pachten kann. Zum anderen sollen auf Grünflächen der Gemeindewohnungen Hochbeete angeboten werden, die von den direkten Anwohnern gepachtet, bepflanzt und verantwortlich bewirtschaften werden können.
Die Gemeinde kümmert sich um die praktische Seite, wie Wasserversorgung und die Pachtverträge. Es werden Regeln aufgestellt wie die Flächen genutzt werden dürfen, also z.B. ausschließlich für den Anbau, keine Schuppen, Zäune etc.

Bündnis 90/Die Grünen stellen mit Schreiben vom 30.11.2019 folgenden Antrag:

*Zusätzlich zu den bekannten Formen der Bürgerbeteiligung, wie Bürgerbegehren, Bürgerversammlung und Bürgeranträgen, etabliert die Gemeinde Unterföhring die Online-Bürgerbeteiligungsplattform „Consul“ und schafft somit eine digitale Form der politischen Beteiligung für Unterföhringer*innen.*

„Consul“ ist ein Open-Source-Projekt, das von Mehr Demokratie in Bayern e.V. entwickelt wurde und in einigen Städten Europas bereits erfolgreich etabliert ist. „Consul“ bietet von der Entwicklung von Initiativen, über die Beteiligung an Debatten bis hin zu Abstimmungen technisch alle Möglichkeiten.

71. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Gemeinde Unterföhring sollte sich zunächst auf die folgenden Punkte konzentrieren:

- 1. Debatten und Meinungsbildung zu aktuellen Themen in der Gemeinde*
- 2. Einbringen von Initiativen und Vorschlägen an den Gemeinderat*
- 3. Bereitstellung eines Bürgerhaushalts*

Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten zu prüfen und die notwendigen Schritte zur Einführung der Online-Bürgerbeteiligungsplattform „Consul“ vorzubereiten. Zur Beratung im Gemeinderat soll Herr Strohmenger von Mehr Demokratie in Bayern e.V. als Referent geladen werden.

Die Anträge werden dem Gemeinderat innerhalb der nächsten drei Sitzungen zur Behandlung und Entscheidung vorgelegt.

AZ 024
Hauptamt

980

20

Bekanntgaben / Anfragen

BEK 12/2019 Dank Deandlverein Unterföhring für Zuschuss Vereinsdirndl

Der Vorsitzende gibt das Schreiben des Deandlverein Unterföhring vom 10.12.2019 bekannt. Der Deandlverein bedankt sich ganz herzlich beim Gemeinderat für den großzügigen Zuschuss zu den Vereinsdirnln.

Hauptamt

980

20

Bekanntgaben / Anfragen

BEK 12/2019 Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV); Einsatz von elektrobusen, Orstbuslinie 232, eventueller Austausch Ladestation

An der vorhandenen E-Ladesäule in der Straßäckerallee konnte der Pfeifton durch den Hersteller nicht behoben werden. Aus diesem Grund wurde in der KW 48 eine neue E-Ladesäule, bestehend aus Bedienelement (Zapfsäule) und Leistungselement (Anschluss) durch die Firma Allego, vorerst zum Test, aufgestellt. Durch den Projektbegleiter, der VCDB Dresden, wurde im Vorfeld ein baugleiches Modell begutachtet und festgestellt, dass die Geräuschemissionen deutlich leiser sind. Ganz ohne Geräusche im Ladevorgang wird es nicht bleiben, jedoch sollte der Lärmpegel deutlich reduziert werden.

Vor dem regulären Betrieb am 15.12.2019 findet durch ein Münchner Büro eine erneute Schallmessung an der neuen E-Ladesäule statt. Diesen Termin werden Vertreter der Gemeindeverwaltung mit wahrnehmen und es werden auch Vertreter der Kindereinrichtung in der Straßäckerallee 15 als auch der

71. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Beschwerdeführende Anwohner eingeladen, um die ausgehenden Geräusche als störend bzw. nicht störend zu begutachten.

AZ 851
Bauamt

980

20

Bekanntgaben / Anfragen **BEK 12/2019 Gehörlosenkino**

Der Bürgermeister berichtet über eine Anfrage einer Unterföhringer Familie auf Ausführung eines Gehörlosenkinos. Mit Email vom 21.10.2019 wandte sich die Familie mit der Bitte an das Kulturamt, Filme für Kinder zusätzlich mit Untertitel und Einblendung eines Gebärdensprachdolmetschers vorzuführen.

Die Kulturamtsleitung hat sich daraufhin diesbezüglich mit der Behindertenbeauftragten der Gemeinde Unterföhring, den zuständigen Sachgebietsleitern, sowie mit weiteren Kinobetreibern auch des gewerblichen Bereiches beraten.

Eine technisch relativ leicht umsetzbare Möglichkeit wäre eine App mit dem Namen GRETA, diese macht Audiodeskriptionen und Untertitel zugänglich indem sie exklusiv für den jeweiligen Nutzer Untertitel auf dem eigenen Smartphone oder Tablet anzeigt, welches am Vordersitz angebracht werden kann. Das Problem hierbei ist jedoch einerseits, dass es nicht für alle Filme eine Audiodeskription und Untertitel gibt, andererseits können kleinere Kinder nicht schnell genug lesen um den Untertiteln folgen zu können.

Die Einblendung eines Gebärdendolmetschers auf der Leinwand ist technisch im BGH nicht möglich. Die einzig verbleibende Alternative wäre somit der Einsatz eines Gebärdendolmetschers im Kinosaal.

Aus Sicht des Kulturamtes lenkt ein Gebärdendolmetscher, vor allem beim Kinderkino, alle nicht gehörlosen Kinder vom Film ab.

Aus diesem Grund schlägt die Kulturamtsleitung vor, eine gesonderte Veranstaltungen für Gehörlose, in diesem Fall eine Kinderveranstaltung anzubieten.

Seitens der Gemeinde wird ein Gebärdendolmetscher einmalig für eine Veranstaltung im Kinderbereich eingesetzt, die Kosten werden übernommen und es würde somit einer Gruppe von bis zu 30 Besuchern die Teilnahme ermöglicht.

Wenn das Gehörlosenkino gute Resonanz bekommt, kann ein solches auch regelmäßig durchgeführt werden.

Kulturamt

71. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

980

20

Bekanntgaben / Anfragen

BEK 12/2019 Antrag des Jugendbeirates - Errichtung eines Aktiv-Pfads am Feringasee

Mit Beschluss vom 28. November 2018 sprach sich der Jugendbeirat für die Einrichtung eines Aktiv-Pfades entlang des Feringasees aus, mit schlichten passiven Trimm-Dich-Geräten, ähnlich dem Pfad am Ismaninger Eisweiher/Taxet. Die Verwaltung fühlte im April 2019 bei der alle 2 Jahre stattfindenden Seenbesprechung mit dem Erholungsflächenverein vor, der für den Feringasee zuständig ist. Von dort gab es mit E-Mail vom 9. April 2019 eine Zustimmung zu dem Wunsch, vorausgesetzt, dass die Gemeinde den Pfad finanziert, ihn unterhält und die Haftung übernimmt. Daraufhin wurde vonseiten der Verwaltung beim Jugendbeirat angefragt, welche Geräte man sich dort für den Aktiv-Pfad vorstellen würde.

In ihrer Sitzung am 22. Juli 2019 (Protokoll eingegangen am 16. November 2019) konkretisierten die Mitglieder des Jugendbeirates ihren Antrag wie folgt:

Geräte „in Holzoptik“; Ringe, Reck (drei verschiedene Höhen), vertikales und horizontales Seil, Parallelbarren und zuletzt etwas zum Balancieren und Hangeln (Kletterbrücke). Zudem solle der Aktiv-Pfad nun doch nicht um den Feringasee herum sondern an einem Platz aufgebaut werden, bestenfalls neben den neu verlegten Beachvolleyballplätzen.

Eine Kostenerhebung des Tiefbauamts ergab folgende Grobkostenschätzung für die gewünschten Geräte, netto, ohne Montage (ohne Ringe und Seil, dafür mit einer Übungsbank):

In Holzausführung: zwischen 4.000 und 5.000 Euro netto

In Edelstahlausführung: zwischen 9.000 und 10.000 Euro netto

Wegen des geringeren Unterhaltsaufwands und der längeren Lebensdauer ist man im Tiefbauamt für eine Ausführung in Edelstahl.

71. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Bauausschuss wird sich in seiner Januarsitzung mit dem weiteren Vorgehen beschäftigen.

Referent des Bürgermeisters

980

20

Bekanntgaben / Anfragen

BEK 12/2019 Historischer Ortsrundgang Sachstandsbericht

In seiner Sitzung am 11.01.2018 hat der Gemeinderat auf Antrag von Bündnis 90/Die Grünen die Verwaltung beauftragt, insbesondere in Zusammenarbeit mit dem Ortschronisten Caesar Frey, einen „ortsgeschichtlichen Weg“ zu erarbeiten.

Es sollen dort geschichtsrelevante Orte und Häuser vorkommen, vor denen eine Tafel angebracht wird. Auch eine App soll erstellt werden, mit der man die Runde gehen kann.

Wegen des bereits bestehenden „Ortsgeschichtlichen Wegs“ mit seinen Platten auf dem Tunnelweg wurde dem Projekt der Arbeitstitel „Historischer Ortsrundgang“ gegeben. Die Erarbeitung dieses Rundgangs, hat die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit/Referent des Bürgermeisters übernommen.

Nach wie vor läuft die Recherchearbeit, auch wurden Beispiele aus der Praxis anderer Gemeinden zusammengetragen.

Gemeinsam mit dem Gemeindearchiv wurde vorhandenes Katastermaterial gesichtet um die Lage der Höfe im alten Ort und heute zeigen zu können; eine Liste eventuell relevanter Höfe und Gebäude wurde – zunächst mit Hilfe der Ortschronik von 1980 – erstellt.

Die Foto-Bestände im Heimatmuseum wurden gesichtet und den Höfen zugeordnet – es zeigten sich noch deutliche Lücken im alten Bilderbestand.

Nun wird sich die Verwaltung mit in der Ortsgeschichte erfahrenen Unterföhringern zusammensetzen, um bei Gebäuden und Höfen Schwerpunkte zu setzen und eventuelle Kontakte zu Privatpersonen zu vermitteln die über Bildmaterial und Geschichten verfügen könnten. An diesem Freitag, 12.04.2019, trifft sich eine erste Runde.

Referent des Bürgermeisters

71. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

980

20

Bekanntgaben / Anfragen

Anfrage Herr Mecke - Sachstand Antrag Bündnis90/Die Grünen Rückkauf Münchner Straße

Herr Mecke fragt an wie der Sachstand zu seinem im Jahr 2017 gestellten Antrag bezüglich des Rückkaufes Münchner Straße ist.

Der Vorsitzende teilt dem Gremium mit, dass man zu diesem Thema immer noch in Kontakt mit anderen Behörden ist und auf diverse Rückantworten wartet. Sobald hierzu fundierte Informationen vorliegen werden diese dem Gremium mitgeteilt.

Hauptamt

Nachdem keine weiteren Anfragen gestellt werden bedankt sich der Vorsitzende bei den Gemeinderatsmitgliedern für die konstruktive Sitzung sowie bei den Zuhörern für ihren Besuch wünscht allen ein frohes Weihnachtsfest sowie ein gesundes neues Jahr 2020 und schließt die Sitzung um 22:26 Uhr.

Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister

Felix Kinzinger
Schriftführer